Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 12

Artikel: Die Russische Föderation : von der Organisierten Kriminalität zur Diktatur?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-67413

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von der Organisierten Kriminalität zur Diktatur?

Die Russische Föderation

Demokratie und Marktwirtschaft

Noch bis 1995 waren die meisten Beobachter der russischen Verhältnisse der Auffassung, dass Russland sich früher oder später zu einer Demokratie mit einer funktionierenden Marktwirtschaft entwickeln würde. Vor allem Moskau erstrahlte nach den Jahrzehnten der kommunistischen Diktatur in neuem Glanz. Lenin wurde offiziell nicht mehr gehuldigt. Anstelle der kommunistischen Ideologie wurden die orthodox-russischen Kirchen renoviert.

Die USA und die EU verfolgten in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre gegenüber Moskau eine konsequente Haltung. Die Führung der Russischen Föderation hatte sich von allen früheren Verbündeten der Sowjetunion zu verabschieden. Zu ihnen gehörten der Irak, Syrien, Libyen und Nordkorea. Allesamt wurden sie als Schurkenstaaten deklariert. Diese Abwendung hatte aber für Russland Konsequenzen. Die Einnahmen aus einschlägigen Geschäften fielen weg, und gleichzeitig mussten die Schulden dieser Staaten aus den früheren Waffenlieferungen abgeschrieben werden. Kuba, Vietnam, Syrien, Irak, Libyen, Indien, Afghanistan und die Mongolei waren mit 143 Milliarden Dollars bei der Sowjetunion verschuldet. Durch die UN-Sanktionen gegenüber Libyen, Irak und Jugoslawien erlitt Russland einen Verlust von fast 16 Milliarden Dollars. Mit Ausnahme von freundlichen Worten und Krediten der Weltbank und des IWF erhielt Russland keine wirklichen Gegengeschäfte.

Zuerst unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich in der russischen Führung ab 1995 eine Abwendung von der Demutshaltung gegenüber dem Westen abgezeichnet. Russland hat kaschiert die Geschäfte mit einem grossen Teil der früheren Geschäftspartner aufgenommen. Heute werden sie unverhohlen vollzogen. Bereits 1996 wurden die Waffenlieferungen Russlands auf 3,4 Milliarden Dollars beziffert. U-Boote und Transportflugzeuge wurden geliefert. Die wichtigsten Geschäfte dürften aber den Bereich der Nukleartechnologie betreffen. Die russische Atomlobby kooperiert heute mit China, Indien und dem Iran.

Neben den Lieferungen an die neualten Kunden bemüht sich Moskau um politische Bindungen zu diesen Staaten. Für die Eindämmung und als Gegenpol zum amerikanischen Vordringen in Europa, im Kaukasus und in Zentralasien verfügt Russland in Europa nur über Belarus und in Asien über den Iran und den Irak. Bereits 1996 hat der frühere Premier Ewgeni Primakow verschiedene Strategien zur Mobilisierung der Feinde der USA

Moskau: Basilius-Kathedrale (1996).

Moskau: Lenin ist im Kreml immer noch anwesend (1991).

Moskau: die Mariä-Himmelfahrt Kathedrale im Kreml (1991).

und damit der Schurkenstaaten formuliert. Zunächst wurde über eine strategische Allianz zwischen Russland, China und Indien nachgedacht. Da China sich dafür nicht erwärmen konnte, wurde der Iran als dritter Partner der Allianz eingeplant. Als Folge dieser Konzeption ist die russische Aussenpolitik auf die Intensivierung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Annäherung an China, Iran, Nordkorea und Kuba umorientiert worden. Seit der zweiten Hälfte der 90er-Jahre, aber erst recht seit dem zweiten Tschetschenienkrieg, hat Russland sich von der Menschenrechtspolitik abgewendet.

Der 11. September hat Putin einen weiteren Strategiewechsel ermöglicht. Der russische Präsident erhofft sich von seiner ‹Allianz› mit den USA im «War against Terrorism» das Plazet der Amerikaner zu seinem Krieg gegen die ‹Terroristen› in Tschetschenien.

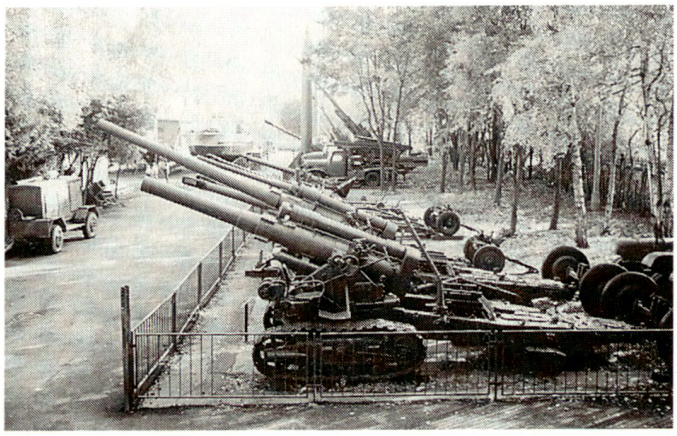
Organisierte Kriminalität

In der gegenwärtigen innen- und aussenpolitischen Entwicklung Russlands nimmt die Organisierte Kriminalität (OK) eine wichtige Rolle ein. Der Zerfall der politischen Autorität und der staatlichen Ordnung, die Auflösungserscheinungen des militärisch-industriellen Komplexes und auch der Streitkräfte haben die Macht der OK in Russland gefördert.

Die russische OK geht auf die Zarenzeit zurück. Die Zaren deportierten politische Gefangene und Verbrecher zusammen nach Sibirien. Das System der Deportation wurde durch Stalin zum System der Gulags weiterentwickelt. In den Gulags lieferte er die politischen Gefangenen den Kriminellen aus. Zu Beginn der 80er-Jahre erhielten einige der wichtigsten Anführer dieser kriminellen Banden unter Breschnew ihre Freiheit. Der KGB entliess sie in die USA. Diese Kriminellen haben die erste Generation der russischen OK im Ausland begründet. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR sind weitere Kriminelle und Gangsterbosse frei geworden und haben sehr schnell – teilweise im Verbund mit den späteren Oligarchen – in Moskau die Kontrolle über ganze Wirtschaftszweige übernommen.

Seit 1990 hat sich die Zahl krimineller Organisationen verzehnfacht. Bereits 1990 – also vor dem Zusammenbruch – gab es 700 kriminelle Organisationen. 1995 sollen es 8000 gewesen sein. Mitte 1997 meldete das russische Innenministerium 9000 Gruppen mit mehr als 100000 Mitgliedern. Aufgrund der Schutzgelderpressungen, der Unterwanderungen von Unternehmen durch die Delegierung von Mitgliedern in leitende Funktionen und des Erwerbs von Anteilen schätzen Experten der Einfluss der OK auf die russische Wirtschaft auf 50%. Dieser Einfluss dürfte zunehmen. Die Aktivitäten dieser Organisationen im Ausland, so z. B. in Deutschland, den USA und auch in der Schweiz, dürfen nicht unterschätzt werden.

Museum der sowjetischen Streitkräfte: Kampfpanzer T-34 (1995).



Museum der sowjetischen Streitkräfte: das Ende der Sowjetarmee!

Russischer Flugplatz Zhukowsky: schwerer Bomber Tupolew T-142M ohne Zukunft! (1993).

Russischer Kampfhelikopter Mil Mi-24 HIND (1993).

Machtstrukturen

Jelzin und seine Töchter dürften die Hauptverantwortlichen für den gegenwärtigen Zustand Russlands und für dessen Machtstrukturen sein. Jelzin hat sich auf die Oligarchen, die Bürokratie, den militärisch-industriellen Komplex und den Repressionsapparat gestützt. Die Förderung der Oligarchen ist teilweise auch für den Rückgang des Wirtschaftspotenzials verantwortlich. Die Privatisierung der Industrie und des Bankwesens führte nicht zur Effizienzsteigerung, sondern zum Entstehen von wenigen Finanz-Industrie-Konglomeraten, deren Chefs, die Oligarchen, riesige Gewinne erzielten und so Reichtum ansammelten. Die Förderung der Oligarchen ist auch der Grund, warum Jelzin das Organisierte Verbrechen Russlands nie ernsthaft bekämpft hat.

Der Sturz von Jelzin wurde durch die Oligarchie und die alten Seilschaften des KGB bestimmt. Die Wahl von Wladimir Putin ist kein Zufall. Putin dürfte durch die alten KGB-Beziehungen ausgewählt worden sein. Er verfügt über ausgezeichnete Kenntnisse der Deutschen und ihrer Mentalität. Die deutsche Wirtschaft ist für das Überleben der Russischen Föderation und ihrer Führungsclique massgebend. Dass Putin kein unbeschriebenes Blatt ist und sogar über die Fähigkeit verfügt, Korruptionsfälle zu vertuschen, hat er bei einer Affäre des früheren Bürgermeisters Sobtschak von St. Petersburg bewiesen. Er und seine Freunde haben auch den zweiten Tschetschenienkrieg im Vorfeld des Wahlkampfes ausgelöst. Des Weiteren dürften verschiedene Manipulationen seine Wahl zum Präsidenten begleitet haben.

Der Effizienz der Politik Putins sind durch die Einnahmen des Staates Grenzen gesetzt. Der Anteil der Budgeteinnahmen am russischen Bruttosozialprodukt ist gemäss den offiziellen Angaben von 14,9% 1993 auf 10,5% 1998 gesunken. Diese Verluste haben die Zentralgewalt geschwächt. Das Finanzsystem Russlands ist zerrüttet. Die Steuerpolitik ist unübersichtlich und die Steuermoral gleich Null. Des Weiteren gehen der Föderation durch Zollbetrug jährlich Milliarden von Dollars verloren. Da der Staat für die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger kein Geld hat, übernehmen diese Funktion die Mafia und private Sicherheitsdienste. Gemäss einer amerikanischen Studie verliessen zwischen 1992 und 1997 zirka 140 Milliarden Dollars Russland.

Das fehlende Investitionsklima wirkt sich auf das Gesundheitswesen aus. Die Lebenserwartung eines Russen ist auf 59 Jahre gesunken. Eine Russin hat eine Lebenserwartung von 73 Jahren. Zwei von drei Frauen leiden an einem Schwangerschaftsabbruch unter Komplikationen. Ein Drittel aller Frauen im gebärfähigen Alter stirbt an den Folgen von Abtreibungen. Dies bewirkt einen massiven Rückgang der Bevölkerungszahl. Trotz der Zuwanderung aus den GUS-Republiken hat die Bevölkerung Russlands 1997 und 1998 um 0,3% abgenommen. Es leben noch 146 Millionen Menschen in der Russischen Föderation.

Zustand der Streitkräfte

In den letzten Jahren wurde in den westlichen Medien immer wieder als Folge des Zustandes der Streitkräfte auf

Russischer AWACS: Ilyushin Il-76 MAINSTAY (1993).

Mehrzweckkampfflugzeuge Su-27 FLANKER der Russian Knights über Moskau (1993).

die Gefahr eines Putsches der russischen Generäle hingewiesen. Diesem Szenario steht die Tatsache gegenüber, dass historisch das russische Militär keine Tradition des Bonapartismus hat. In der Geschichte Russlands waren die Generäle immer treue Hofschranzen und Lakaien, die sich bei einem Umschwung als Wendehälse erwiesen. Dies dürfte auch heute noch der Fall sein.

Die Gefahren, die von den Streitkräften mit insgesamt einer Million Angehörigen ausgehen, sind anderer Art. Alexander Lebed, ehemaliger General und Gouverneur der Region Krasnojarsk, hat Ende Juli 1998 an den damaligen Regierungschef Kirijenko einen offenen Brief geschrieben. In diesem Brief bot er an, den Soldaten einer auf seinem Gebiet stationierten Division der strategischen Raketentruppen den seit fünf Monaten ausstehenden Lohn zu zahlen und inskünftig den Sold regelmässig zu entrichten. Einzige Bedingung: die Streitkräfte der Region müssten ihm unterstellt werden. Welche Ziele Lebed im Detail verfolgte, kann nur vermutet werden, aber dieser Brief weist beispielhaft auf den Zerfall der Streitkräfte hin. Die bisherigen Reformen haben nicht gegriffen oder sind nicht in die Tat umgesetzt worden. Sollte die Zentralmacht zerfallen, dann werden die Regionen und Republiken die Macht über die Streitkräfte übernehmen.

Ein weiterer Hinweis auf den Zerfall der Streitkräfte ist auch der zweite Tschetschenienkrieg. Nur mit Mühe konnte die Armeeführung Truppen und Waffen für diesen Krieg zusammenkratzen. Obwohl die russische Rüstungsindustrie moderne Waffen produziert, verfügen die Streitkräfte über Waffen, die aus den Achtzigerjahren stammen. Die bisherigen Absichten über die Einführung neuer Waffensysteme und Kampfflugzeuge – z. B. Ablösung der Su-24 – oder die Modernisierung bestehender Waffen, wie z. B. der Su-25, sind nicht umgesetzt worden. Dies bedeutet nicht, dass die vorhandenen Waffen von minderwertiger Qualität wären – der russische Schützenpanzer BTR-70 ist vielen westlichen Produkten überlegen. Der fehlende Ersatz bewirkt aber die Abnützung und den Ausfall bisheriger Systeme.

Putin hat eine marginale Erhöhung der Verteidigungsausgaben angekündigt. Dies könnte zu einer Erneuerung führen. Der Modernisierung der Streitkräfte wirkt aber auch die eigene militärische Führung entgegen. Der Fall Kursk hat der Weltöffentlichkeit die Verlogenheit und Beschränktheit der russischen Generalität vordemonstriert. Diese ist nicht nur unfähig, auf Katastrophen zu reagieren, sie behindert aus purem Eigennutz auch die Bewältigung einer Katastrophe. Ein Teil der Generalität dürfte korrupt sein und in die eigenen Taschen wirtschaften. Putin wird wegen des Willens zur Machterhaltung diesen Augiasstall nicht ausmisten können. Eine verärgerte und dezimierte Generalität würde seine Politik sabotieren. Auch die Ablösung von Armeegenerälen durch KGB-Generäle dürfte langfristig wenig bewirken.

Nuklearwaffen

Zu den unterschätzten Problemen gehören die Kontrolle und der Unterhalt der strategischen Nuklearwaffen. Die Russische Föderation dürfte heute noch über vier Raketenarmeen mit 740 interkontinentalen ballistischen Lenkwaffen, 17 nuklearangetriebene U-Boote mit 280 ballistischen Lenkwaffen und 89 schwere Bomber sowie ein Raketenabwehrsystem mit 100 Lenkwaffen verfügen. Als Folge der fehlenden finanziellen Mittel kann der Alterungsprozess vor allem bei den land- und U-Boot-gestützten ballistischen Nuklearwaffen nicht aufgehalten werden. Die fehlenden Finanzen sind für das Interesse der Armeeführung an einem weiterführenden Vertrag START III über die strategischen Nuklearwaffen bestimmend. Russland kann die alten Lenkwaffen wie die SS-18 nur in begrenztem Masse durch die neuen TOPOL-M2 ersetzen. Gleiches gilt auch für die U-Boot-gestützten ballistischen Lenkwaffen. Der Widerstand der Russischen Föderation gegen das Vorhaben der Bush-Administration, ein Raketenabwehrsystem zu implementieren, könnte auch in der Notwendigkeit zur Abrüstung der eigenen strategischen Nuklearwaffen begründet sein. Durch das Widerstandsmanöver wollen Putin und die Generäle verhindern, dass der Abschreckungswert des verkleinerten Arsenals Russlands gegen Null reduziert wird.

Unsicher ist die Situation bei den taktischen und operativ-taktischen Nuklearwaffen. Beim Zerfall der Sowjetunion wurde der Gesamtbestand des sowjetischen Arsenals auf 25 000 bis 30 000 Gefechtsköpfe geschätzt. Wie viele noch heute vorhanden sind, wissen nur Eingeweihte. Diese Waffenkategorie wird durch keine Abrüstungsverträge erfasst. Vor dem Zusammenbruch der UdSSR versuchte die NATO auch bei dieser Waffenkategorie, einen Abrüstungsprozess durchzusetzen. Vermutlich haben nach dem Zusammenbruch Lieferungen dieser Waffen ins Ausland stattgefunden. So wurden 1990 dem damaligen Präsidenten Afghanistans, Najibullah, über 700 SCUDs geliefert. Das iranische Raketenprogramm mit Shehab 3 (1000 bis 1500 km) und Shehab 4 beruht auf dem Transfer sowjetischer Mittelstreckenraketen SS-4 (Reichweite zirka 2000 km).

Weitere Probleme sind die ungenügende Lagerung Zehntausender nuklearer Gefechtsköpfe, Tausender

Tonnen spaltbaren Materials, inklusive Plutonium und hochangereichertem Uran, die Auflösung des nuklear-militärisch-industriellen Komplexes, mit hochspezialisierten, aber heute unter- oder unbezahlten Wissenschaftern und Technikern.

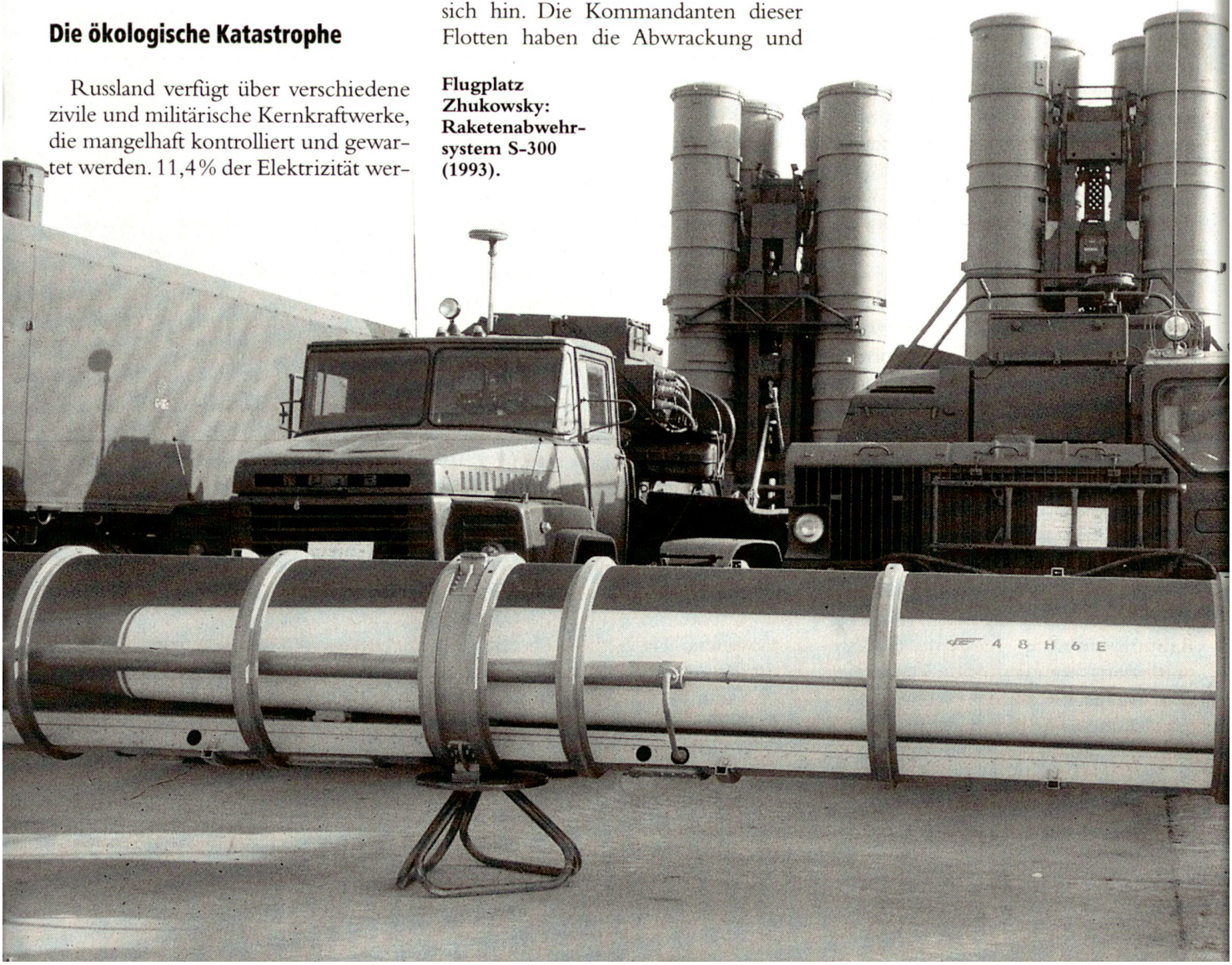
Des Weiteren ist zu beachten, dass die gegenwärtige Militärdoktrin Russlands sich primär auf die Verfügbarkeit und den Einsatz der Nuklearwaffen abstützt. Erstens sind diese die einzigen Mittel, die den Anspruch, eine Grossmacht zu sein, stützen, und zweitens könnte Russland nur mit solchen Waffen einen grösseren konventionellen Angriff auf sein Territorium abwehren.

Die ökologische Katastrophe

Russland verfügt über verschiedene zivile und militärische Kernkraftwerke, die mangelhaft kontrolliert und gewartet werden. 11,4 % der Elektrizität werden in neun Kernkraftwerken mit 29 Reaktoren produziert. Ein Viertel dieser Kraftwerke liegt westlich des Urals. Zwölf dieser Reaktoren gehören zum gleichen Typ wie derjenige, der für die Katastrophe von Tschernobyl verantwortlich war. Die technischen wie auch die organisatorischen Sicherheitsmassnahmen sind unzureichend. Des Weiteren erfolgen nukleare Unfälle, Diebstähle und Schmuggel von spaltbarem Material, umweltbedrohende Entsorgung nuklearer Brennelemente ziviler und militärisch genutzter Reaktoren.

An den Docks der russischen Nordmeer- und Pazifikflotten rosten nuklearangetriebene Unterseeboote vor sich hin. Die Kommandanten dieser Flotten haben die Abwrackung und Entsorgung der Nuklearabfälle durch das Kippen des Mülls ins Meer veranlasst. Zusätzlich belastet ist die Barentssee durch die Folgen der früheren oberirdischen nuklearen Testversuche. Auf der Insel Nowaja Semlja sind zu Beginn der 60er-Jahre Tests mit beinahe 100 Megatonnen TNT erfolgt.

Die Vernichtung der chemischen Kampfstoffe ist noch unzureichend. In der Föderation lagern 40 000 Tonnen chemische Kampfstoffe. Aufgrund der Konvention über das Verbot chemischer Kampfstoffe (1997 hat Russland diese Konvention ratifiziert) muss Russland diese Kampfstoffe beseitigen.



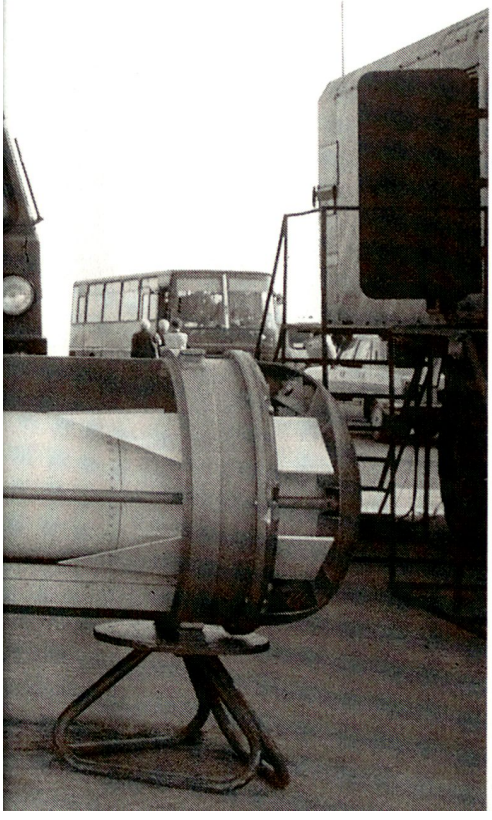
Flugplatz Zhukowsky: Raketenabwehrsystem S-300 (1993).

Für diese Beseitigung – bisher sind 400 Tonnen entsorgt worden – müsste Russland nach eigenen Schätzungen in den folgenden 10 bis 15 Jahren sechs Milliarden Dollars ausgeben.

Unklar ist der Stand der Forschung und Entwicklung biologischer Kampfstoffe in Russland. Bekannt ist heute, dass die sowjetische Militärführung in einem Krieg mit der NATO den Einsatz interkontinentaler Lenkwaffen SS-18 (RS-20) mit Milzbranderreger gegen Ziele in den USA plante.

Kriege ohne Ende

Seit jeher versuchen die russischen Machthaber bei internen Krisen sich durch die Auslösung von Kriegen im Ausland an der Macht zu erhalten. In den Neunzigerjahren hat das Jelzin-Regime eine ganze Reihe kleiner Kriege gefördert. Es gehören dazu der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Krieg zwischen Süd-Ossetien und der Zentralgewalt Georgiens, der Krieg zwischen Georgien und der autonomen Republik Abchasien und die Tschetschenienkriege. Kriege auszulösen ist eines, sie aber zu beenden, ist ein anderes Thema. Gerade in Gebieten ohne Staatsgewalt und mit ethnisch-religiöser Zersplitterung ist dies beinahe nicht möglich. Beispiele hierfür liefert die Gegenwart. Können diese Kriege nicht beendet werden, dann tragen sie zur weiteren politischen und militärischen Schwächung und damit zur Auflösung Russlands bei.



Die Beziehungen zur Ukraine und zum Kaukasus

Ungelöst sind die Beziehungen Russlands zur Ukraine. Brzezinski hat in seinem Buch «Die einzige Weltmacht» zu Recht bemerkt, dass nur durch die Kontrolle der Ukraine Russland wieder sein Imperium errichten könnte. Die Trennung der Ukraine vom russischen Reich war 1992 für die Mächtigen in Moskau ein schmerzhafter Prozess. Seither sind die Moskowiter Herrscher bestrebt, diese Unabhängigkeit rückgängig zu machen.

Zunächst einmal stellt sich die Frage: Was ist die Ukraine? Wir haben es hier mit einem Staat der Grösse von Frankreich zu tun, in dem 50 Millionen Menschen leben. Von diesen sind 11 Millionen Russen, die im Osten der Ukraine, im Gebiet der Schwerindustrie des Donezk-Beckens wohnen. Der mittlere Teil mit der Hauptstadt Kiew, durchflossen vom Dnjepr, wird durch Ukrainer bewohnt, die teilweise russifiziert sind. Der Westen mit Lwow, dem alten Lemberg, ist das Kernland der ukrainischen Nationalisten.

Die Ukraine ist aber für Russland nicht nur Teil der eigenen Geschichte, sondern auch Kornkammer und Produzent ziviler und militärischer Güter. In der Ukraine sind die sowjetischen Raketen SS-24 (RS-22) gebaut worden. Antonow, Hersteller von Transportflugzeugen, ist in der Ukraine. Des Weiteren kontrolliert die Ukraine den grössten Teil der Schwarzmeerküste der ehemaligen UdSSR. Russland hat auch die Krim mit dem Hafen Sevastopol verloren; für eine Grossmacht ein inakzeptabler Zustand.

Wie kann Russland seinen Einfluss auf die Ukraine erhöhen bzw. zurückgewinnen? Zunächst rechnet Moskau mit den 11 Millionen Russen, die als Störfaktor eingesetzt werden können. Gleiches trifft für die Krim-Russen zu, deren Streben nach Autonomie Kiew mit den Krim-Tartaren konterkariert. Die Ukraine kämpft mit noch grösseren wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Russland. Die Privatisierung ist nur unvollständig erfolgt. Der OK ist es gelungen, wesentliche Teile der Wirtschaft zu übernehmen. Betreffend die Energieversorgung ist die Ukraine von Russland abhängig. Was liegt näher, als die Schulden aus den Erdgaslieferungen für Erpressungen einzusetzen? Militärisch ist die Ukraine ein zu schwerer Brocken. Die Ukraine verfügt über eine Streitmacht von 303 800 Mann, die mit den Waffen der ehemals zweiten Staffel der UdSSR ausgerüstet sind. Die zweite Staffel verfügte über modernere Waffen als die Streitkräfte im Kerngebiet der UdSSR.

Die strategische Bedeutung der Ukraine für den Westen wie auch für Russland hat die NATO nach und nach erkannt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde schon sehr früh aktiv. Die USA haben lange Zeit kein Interesse an Kiew gezeigt. Erst als sich die Abkühlung der Beziehungen mit Moskau abzeichnete, sind die Beziehungen der NATO zur Ukraine im Rahmen der PfP intensiviert worden. Die ukrainischen Streitkräfte sind mit Einheiten in Bosnien und im Kosovo präsent.

Benachbart zur Ukraine ist der Kaukasus und Transkaukasus. Der Kaukasus ist das Bindeglied zwischen Kleinasien

und Zentralasien, zwischen Südrussland, dem Schwarzmeer und dem Kaspischen Meer. Gleichzeitig aber trennt der Kaukasus diese Räume voneinander. Um den Kaukasus führten bis in die neuere Zeit die Russen, die Osmanen und die Perser gegeneinander Kriege. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts ist den Zaren die vollständige Unterwerfung des Kaukasus und des Transkaukasus und damit die Eroberung der Verbindung zwischen Schwarzmeer und Kaspischem Meer gelungen. Seit dem Zerfall der UdSSR werden im Sinne von Keepling die Karten um den Kaukasus neu gemischt. Während die Türkei über den Transkaukasus einen Brückenkopf nach Zentralasien errichten will, wollen dies Russland und der Iran verhindern. Neben der Brückenkopffunktion ist der Kaukasus auch wichtig für den Transport des Erdöls aus Aserbaidschan und dem Kaspischen Meer. Die Clinton-Administration wollte für den Transport dieses Erdöls eine Pipeline über die Türkei an den Mittelmeerhafen Ceyhan bauen lassen. In einem ersten Schritt ist auch die bestehende Pipeline über Georgien ausgebaut worden. Russland will aber dieses Erdöl nach wie vor über sein Territorium transportieren und hat deshalb unter Umgehung von Grosny die Pipeline nach dem Schwarzmeerhafen Noworossisk erneuert und ergänzt. Putin hat dadurch die USA ausmanövriert.

Des Weiteren ist der Kaukasus einer der beiden Transportrouten für das afghanische Heroin nach Europa. Zudem wird sowohl im Kaukasus wie auch im Transkaukasus ein schwunghafter Waffenhandel betrieben.

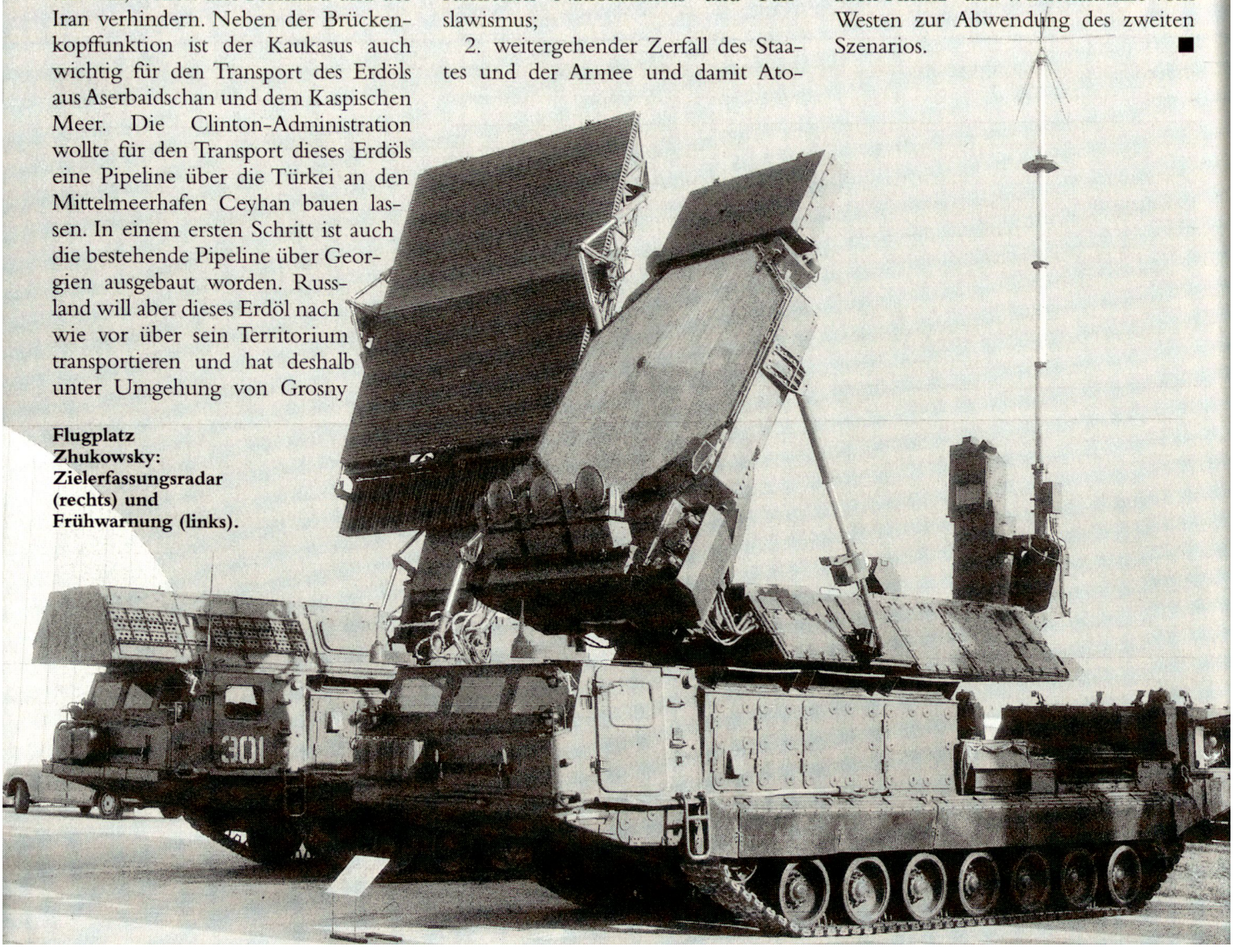
Die Zukunft Russlands

Seit 1992 pendelt das Schicksal Russlands zwischen zwei Szenarien:

1. Errichtung einer Diktatur in Moskau auf der Grundlage des grossrussischen Nationalismus und Panslawismus;

2. weitergehender Zerfall des Staates und der Armee und damit Atomisierung der Russischen Föderation in verschiedene Kleinstaaten.

Heute sieht es so aus, als wenn die Russische Föderation den ersten Weg beschreiten würde. So wird z. B. die Pressefreiheit sukzessive eingeschränkt. Grundsätzlich ist aber die Zukunft Russlands noch nicht entschieden. Putin hat wohl den Einfluss seiner ehemaligen KGB-Kollegen auf die Politik und die Streitkräfte erhöht, aber das Riesenland hat er dadurch noch nicht stabilisiert. Nach wie vor kämpft er mit wirtschaftlichen und finanziellen Problemen und den Auswirkungen des nicht beendeten Tschetschenienkrieges. Durch den Beitritt zur Allianz «War against Terrorism» erwartet Putin auch Finanz- und Wirtschaftshilfe vom Westen zur Abwendung des zweiten Szenarios. ■



Flugplatz Zhukowsky: Zielerfassungsradar (rechts) und Frühwarnung (links).